



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

50/2013 13.12.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 421/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der die Verordnung über die Änderung der **Dienstrechtsverfahrens- und Personalstellenverordnung-Inneres** (DVPV-Inneres) geändert wird

[BGBl II 425/2013](#)

Verordnung der Finanzaufsichtsbehörde (FMA), mit der begleitende Maßnahmen zur Verordnung (EU) Nr. 575/2013 hinsichtlich der Ausübung von Behördenwahlrechten in Bezug auf die Übergangsbestimmungen betreffend Eigenmittelanforderungen, das Marktrisiko, das Kreditrisiko und die Konsolidierungsbestimmungen getroffen werden (**CRR-Begleitverordnung** – CRR-BV)

[BGBl II 428/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Finanzen mit der die Verordnung der Bundesministerin für Finanzen über die **Schlussbesprechung von Sozialversicherungsprüfungen** geändert wird

[BGBl II 435/2013 \(Anlagen\)](#)

Verordnung der Finanzaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Betriebliche Vorsorgekassen-Quartalsausweisverordnung** geändert wird

[BGBl II 436/2013 \(Anlagen\)](#)

Verordnung der Finanzaufsichtsbehörde (FMA) über Mindestgliederung und -inhalt des Prüfaktuar-Prüfberichtes gemäß § 21 Abs. 8 PKG (**Prüfaktuar-Prüfberichtverordnung 2013**)

[BGBl II 438/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (**2. Altlastenatlas-VO-Novelle 2013**)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 327 v 06.12.2013, 1](#)

Endgültiger Erlass des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 2** der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2013**

[ABI L 327 v 06.12.2013, 219](#)

Endgültiger Erlass des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 3** der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2013**

[ABI L 327 v 06.12.2013, 239](#)

Endgültiger Erlass des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 4** der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2013**

[ABI L 327 v 06.12.2013, 273](#)

Endgültiger Erlass des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 5** der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2013**

[ABI L 329 v 10.12.2013, 1](#)

Richtlinie 2013/54/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über bestimmte **Verantwortlichkeiten** der Flaggenstaaten für die **Einhaltung und Durchsetzung** des Seearbeitsübereinkommens 2006

[ABI L 329 v 10.12.2013, 5](#)

Richtlinie 2013/56/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 zur Änderung der Richtlinie 2006/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über **Batterien und Akkumulatoren** sowie Altbatterien und Altakkumulatoren hinsichtlich des **Inverkehrbringens** von Cadmium enthaltenden Gerätebatterien und -akkumulatoren, die zur **Verwendung** in schnurlosen Elektrowerkzeugen bestimmt sind, und von **Knopfzellen** mit geringem Quecksilbergehalt sowie zur **Aufhebung** der Entscheidung 2009/603/EG der Kommission

[ABI L 330 v 10.12.2013, 1](#)

Verordnung (EU) Nr 1257/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über das Recycling von Schiffen und zur **Änderung der Verordnung** (EG) Nr 1013/2006 und der Richtlinie 2009/16/EG

[ABI L 330 v 10.12.2013, 21](#)

Verordnung (EU) Nr 1258/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 zur **Änderung** der Verordnung (EG) Nr 273/2004 betreffend **Drogenausgangsstoffe**

[ABI L 330 v 10.12.2013, 30](#)

Verordnung (EU) Nr 1259/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 111/2005 des Rates zur **Festlegung** von Vorschriften für die **Überwachung** des Handels mit **Drogenausgangsstoffen** zwischen der **Gemeinschaft** und Drittländern

[ABI L 330 v 10.12.2013, 39](#)

Verordnung (EU) Nr 1260/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über **europäische demografische Statistiken**

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

21.11.2013, [B 420/2013](#)

VfGG; ZPO; Abweisung eines **Wiedereinsetzungsantrags** wegen Versäumung der Frist zur Einbringung eines nachträglichen Abtretungsantrags; **Rechtsirrtum über den Beginn der Frist** kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis

27.11.2013, [U 396/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags des Bf auf **internationalen Schutz** und Ausweisung in die Türkei mangels ausreichender **Ermittlungen hinsichtlich der in Haft erlittenen Misshandlungen** und wegen unzureichender Länderfeststellungen

27.11.2013, [U 825/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** und Ausweisung des Bf nach Afghanistan mangels **Feststellungen zur Sicherheitslage** in der Heimatprovinz Baghlan

29.11.2013, [V 46/2013](#)

AbfallwirtschaftsG 2002; DeponieVO 2008; Abweisung des Antrags des UVS Burgenland auf Aufhebung von Bestimmungen der Deponieverordnung 2008 betreffend die **Stichtagsregelungen zur Anpassung der vom Deponieinhaber zu leistenden finanziellen Sicherstellungen** zur Erfüllung der festgelegten Auflagen und Verpflichtungen

03.12.2013, [B 1593/2012](#)

Beamten-DienstrechtsG 1979; Anlassfall zu VfGH 25.11.2013, [G 76/2013](#), [V 53/2013](#)

B. Verwaltungsgerichtshof

24.10.2013, [2010/07/0069](#)

WasserrechtsG; Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Bewilligung für die Errichtung und den Betrieb einer **Einzel-Wasserversorgungsanlage** sowie für die Wasserentnahme aus einem Bohrbrunnen; Ausdehnung der Schutzzone III liegt im öffentlichen Interesse an einer einwandfreien Wasserversorgung; der geforderte Verbleib einer 3 m mächtigen, ungestörten Deckschicht ist nachvollziehbar, weshalb die daraus resultierende Beschränkung von vorübergehenden Aufgrabungen auf eine maximale Tiefe von 2 m einen aus fachlicher Sicht noch vertretbaren Kompromiss darstellt; ein Verbot vorübergehender Aufgrabungen ab einer Tiefe von 2 m ist auch im Hinblick auf den Grundsatz der Eingriffsminimierung nicht zu beanstanden

24.10.2013, [2012/07/0180](#)

WasserrechtsG; **Erlöschen eines erteilten Wasserbenutzungsrechts** aufgrund einer tatsächlichen und rechtlichen Anschlussmöglichkeit an die öffentliche Wasserversorgungsanlage; auf Grund der erfolgten **Befristung der wasserrechtlichen Bewilligung in ihrer Gesamtheit** umfasste das ex lege eingetretene Erlöschen des Wasserbenutzungsrechts sowohl die Trink- als auch die Nutzwasserversorgung; die Feststellung dieses Erlöschens durch die Behörde im Nachhinein hatte rein **deklarative Wirkung**; ein lediglich die Trinkwasserversorgung betreffendes Teilerlöschens nach § 27 Abs 6 WasserrechtsG kommt nicht in Betracht

06.11.2013, [2010/05/0054](#)

NÖ BauO; das subjektiv-öffentliche Recht des Nachbarn gemäß § 54 Nö BauO muss darauf beschränkt werden, dass eine auffallende Abweichung einen **Einfluss auf den Lichteinfall** ausübt; ist eine auffallende Abweichung des Bauvorha-

bens vom Umgebungsbestand zu verneinen, erübrigt sich eine weitere Prüfung der Frage, ob der Lichteinfall unter 45 Grad auf Hauptfenster eines zulässigen Gebäudes auf dem Nachbargrund beeinträchtigt würde

06.11.2013, [2011/05/0174](#)

Oö. BauO; Antrag auf Erteilung einer Baubewilligung für den Neubau eines eingeschossigen Hauses mit ausgebautem Dachgeschoß sowie den Neubau eines Carports; die durch die geplante Bebauung hervorgerufene **Veränderung einer Bedrohung durch Hochwässer** vermittelt kein subjektiv-öffentliches Nachbarrecht; die Gebäudehöhe wird im vorliegenden Fall durch die Geschosanzahl bestimmt, eine Aufschüttung spielt keine Rolle; beim **Nachbarrecht auf Ausnutzbarkeit der Bauliegenschaft** kommt es nicht darauf an, wo sich die Nachbarliegenschaft befindet, zumal hinsichtlich des Bereiches an der Nachbargrenze selbst bereits ein die Bebauung betreffender Nachbarschutz durch andere Nachbarrechte besteht

06.11.2013, [2012/05/0082](#)

Oö. BauO; aus § 15 Oö. BauO 1875 geht hervor, dass das **Vorliegen einer gewerbebehördlichen Betriebsanlagene genehmigung** nicht die **baupolizeiliche Genehmigungspflicht** beseitigt; das gegenständliche Gebäude bedurfte damit bereits im Zeitpunkt seiner Errichtung einer Baubewilligung; durch die **Fortführung eines ausgesetzten Verfahrens** vor Beendigung des die Vorfrage betreffenden Verfahrens kann eine Partei nicht in ihren Rechten verletzt sein, und ihr steht kein Recht auf Nichtbeendigung des ausgesetzten Verfahrens zu; eine nachträgliche Baubewilligung kommt wegen des Widerspruchs zur bestehenden Grünland-Sonderwidmung nicht in Betracht

07.11.2013, [2011/06/0104](#)

Stmk BauG; Einwendungen eines Nachbarn im Baubewilligungsverfahren; die Beweiswürdigung ist ein Denkprozess, der nur insofern einer Überprüfung durch den VwGH zugänglich ist, als es sich um die **Schlüssigkeit dieses Denkvorganges** handelt bzw darum, ob die Beweisergebnisse, die in diesem Denkvorgang gewürdigt wurden, in einem ordnungsgemäßen Verfahren ermittelt worden sind; die belangte Behörde gelangte in schlüssiger Weise zu dem Ergebnis, dass den Bf Parteien die Errichtung ihrer Garage an der Grundgrenze genehmigt wurde; da das Gebäude nicht an der Grundgrenze errichtet wurde hätte ein Grenzabstand eingehalten werden müssen

07.11.2013, [2012/06/0035](#)

AVG; an die **Begründung der Berufung** – insbesondere bei einer rechtsunkundigen, unvertretenen Partei – sind keine allzu strengen Anforderungen zu stellen; es genügt, wenn die Berufungsschrift erkennen lässt, aus welchen Erwägungen die Partei die Entscheidung der Behörde bekämpft; dies ist der Fall, weil der Bf in seiner Berufung erkennbar geltend macht, dass das Vorhaben weder bewilligungspflichtig noch anzeigespflichtig sei

07.11.2013, [2012/06/0173](#)

Tir BauO; **Fangmündungen** dienen der gezielten **Ableitung von Abgasen einer Anlage** ins Freie; nur Lüftungsanlagen, die eine den Abluftanlagen von Heizungsanlagen entsprechende Funktion aufweisen, stellen untergeordnete Bauteile iSd § 2 Abs 16 Tir BauO dar; die gegenständlichen Zuluftöffnungen stellen somit keine Fänge bzw Fangmündungen dar

07.11.2013, [2012/06/0211](#)

Vbg BauG; für eine Änderung an einem bestehenden Gebäude, das sich zulässigerweise innerhalb der Mindestabstände befindet und für das eine **Abstandsnachsicht** erteilt wurde, ist nicht in jedem Fall eine Abstandsnachsicht zu erteilen, wenn die **Änderung ebenfalls innerhalb der Mindestabstände** errichtet werden soll; Änderungen wie die Errichtung einer Glas-Überdachung innerhalb der Mindestabstände sind grundsätzlich geeignet, den Lichteinfall, die Besonnung und den Luftzugang hinsichtlich des Nachbargrundstückes negativ zu beeinflussen

07.11.2013, [2013/06/0158](#)

Vbg BauG; Auftrag zur **Beseitigung eines konsenslosen Bauwerks** erst, wenn auch alle Verfahren betreffend **außerordentliche Rechtsmittel** abgeschlossen sind, steht nicht im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben und der dazu ergangenen Rsp des VwGH

14.11.2013, [2011/17/0132](#)

AltlastensanierungsG; auch ein Lagern (oder Zwischenlagern) in einer kürzeren als in § 2 Abs 7 AltlastensanierungsG (Rechtslage bis 31.12.2005) bzw § 3 Abs 1 Z 1 lit b AltlastensanierungsG (Rechtslage ab 01.01.2006) genannten Zeitdauer unterliegt der **Altlastenbeitragspflicht**, wenn nicht alle hierfür erforderlichen behördlichen Bewilligungen (Anzeigen oder Nichtuntersagungen) vorgelegt sind; eine Schlussfolgerung hinsichtlich der Wirksamkeit der gewerbebehördlichen Bewilligung ohne Beachtung von § 78 GewO auf § 64 Abs 1 AVG zu stützen und daraus eine Beitragspflicht gem § 3 Abs 1 Z 1 ALSAG abzuleiten ist unzulässig

14.11.2013, [2011/17/0140](#)

AltlastensanierungsG; als das **Befördern zu „einer Tätigkeit“** iSd § 3 Abs 1 Z 4 AltlastensanierungsG (idF BGBl I 40/2008) ist grundsätzlich nicht das Befördern zu einer – einer ersten Tätigkeit (Behandlung) im Ausland nachfolgenden –, abschließenden Tätigkeit zu verstehen, sondern das Befördern zu der Tätigkeit, zu welcher die Abfälle von der Bf unmittelbar verbracht werden; die Rekonditionierung stellt keinen eigenständigen von dem Ablagerungsprozess losgelösten Behandlungsschritt dar; bei der Vorschreibung eines Altlastenbeitrages gem § 3 Abs 1 Z 4 AltlastensanierungsG handelt es sich um keine Erhebung einer Abgabe aus Anlass des Grenzübertritts

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[10.12.2013, Rs C-394/12, Abdullahi](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Gemeinsames Europäisches Asylsystem – Verordnung (EG) Nr 343/2003 – Bestimmung des für die Prüfung eines **Asylantrags** zuständigen Mitgliedstaats – Kontrolle der **Einhaltung** der Kriterien, nach denen sich die **Zuständigkeit** für die Prüfung eines Asylantrags richtet – Umfang der gerichtlichen Kontrolle

[10.12.2013, Rs C-272/12 P, Kommission / Irland ua](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Befreiung von der **Verbrauchssteuer** auf Mineralöle – Aufgabe des Gerichts – Vom Unionsrichter von Amts wegen geprüfter **Klagegrund** – Verhältnis zwischen Steuerharmonisierung und Kontrolle **staatlicher Beihilfen** – Jeweilige Befugnisse des Rates und der Kommission – **Grundsatz der Rechtssicherheit** – Vermutung der Rechtmäßigkeit der **Rechtsakte** der Union

[12.12.2013, Rs C-523/12, Dirextra Alta Formazione](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Freier Dienstleistungsverkehr – Vom **Europäischen Sozialfonds** kofinanzierte staatliche Subventionen zugunsten von **Studenten**, die in einem postgradualen Spezialisierungskurs eingeschrieben sind – Regionale Regelung zur **Verbesserung** des lokalen **Unterrichtsstandards**, nach der die **Stipendienvergabe** von Anforderungen an die Veranstalter der **Postgraduiertenkurse** abhängig gemacht wird – Voraussetzung einer ununterbrochenen **Erfahrung** von zehn Jahren

[12.12.2013, Rs C-493/12, Eli Lilly and Company](#)

Humanarzneimittel – Ergänzendes **Schutzzertifikat** für Arzneimittel – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Art 3 – Bedingungen für die Erteilung des Zertifikats – Begriff ‚durch ein in Kraft befindliches **Grundpatent** geschütztes Erzeugnis‘ – Kriterien – Wortlaut der **Ansprüche** des Grundpatents – **Genauigkeit** und Spezifität – Funktionelle **Definition** eines Wirkstoffs – Strukturelle Definition eines Wirkstoffs – Europäisches Patentübereinkommen

[12.12.2013, Rs C-484/12, Georgetown University](#)

Humanarzneimittel – Ergänzendes Schutzzertifikat – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Art 3 – Bedingungen für die **Erteilung** eines solchen Zertifikats – **Möglichkeit** der Erteilung mehrerer ergänzender **Schutzzertifikate** auf der Grundlage ein und desselben Patents

[12.12.2013, Rs C-450/12, HARK](#)

Gemeinsamer Zolltarif – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Positionen 7307 und 7321 – **Ofenrohrsets** – Begriffe ‚Teile‘ für Raumheizöfen und ‚**Rohrformstücke**, Rohrverschlussstücke und Rohrverbindungsstücke

[12.12.2013, Rs C-445/12 P, Rivella International / HABM](#)

Rechtsmittel – Gemeinschaftsmarke – Bildmarke mit dem **Wortbestandteil ‚BASKAYA‘** – Widerspruch – Bilaterales Abkommen – Gebiet eines **Drittstaats** – Begriff ‚ernsthafte Benutzung‘

[12.12.2013, Rs C-443/12, Actavis Group und Actavis](#)

Humanarzneimittel – Ergänzendes Schutzzertifikat – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Art 3 – Bedingungen für die Erteilung eines solchen **Zertifikats** – Zwei nacheinander in Verkehr gebrachte Arzneimittel, die aus demselben **Wirkstoff** bestehen oder teilweise denselben Wirkstoff enthalten – **Zusammensetzung** von Wirkstoffen, von denen einer bereits in Form eines **Monopräparats** in Verkehr gebracht worden ist – Möglichkeit der Erteilung mehrerer Zertifikate auf der Grundlage ein und desselben **Patents** und zweier **Genehmigungen** für das Inverkehrbringen

[12.12.2013, Rs C-425/12, Portugás](#)

Verfahren zur **Vergabe öffentlicher Aufträge** im Bereich der **Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung** sowie im Telekommunikationssektor – Richtlinie 93/38/EWG – **Fehlende** Umsetzung in innerstaatliches Recht – Für den Staat bestehende Möglichkeit, sich gegenüber einem **Konzessionär** einer öffentlichen **Dienstleistung** auf diese Richtlinie zu berufen, wenn diese **nicht** in innerstaatliches Recht umgesetzt wurde

[12.12.2013, Rs C-362/12, Test Claimants in the Franked Investment Income Group Litigation](#)

Gerichtlicher Rechtsschutz – Grundsatz der Effektivität – Grundsätze der **Rechtssicherheit** und des Vertrauensschutzes – Rückzahlung zu Unrecht gezahlter **Beträge** – Rechtsbehelfe – Nationale Rechtsvorschriften – Ohne **Vorankündigung** und rückwirkend eingeführte Verkürzung der Frist für die **Einlegung** von Rechtsbehelfen

[12.12.2013, Rs C-361/12, Carratù](#)

Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – **Diskriminierungsverbot** – Begriff ‚**Beschäftigungsbedingungen**‘ – Innerstaatliche **Rechtsvorschriften**, die im Fall der rechtswidrigen Aufnahme einer Befristungsklausel in einen **Arbeitsvertrag** eine andere **Entschädigungsregelung** vorsehen als bei der rechtswidrigen **Auflösung** eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses

[12.12.2013, Rs C-327/12, Soa Nazionale Costruttori](#)

Art 101 AEUV, 102 AEUV und 106 AEUV – **Öffentliche Unternehmen** und Unternehmen, denen die Mitgliedstaaten besondere oder ausschließliche **Rechte** gewähren – Unternehmen, die mit **Dienstleistungen** von allgemeinem wirtschaftlichen **Interesse** betraut sind – Begriffe – Einrichtungen, die damit betraut sind, zu **überprüfen** und zu zertifizieren, ob die Unternehmen, die öffentliche **Arbeiten** ausführen, die vom Gesetz geforderten Voraussetzungen beachten – Art 49 AEUV – **Niederlassungsfreiheit** – Beschränkung – **Rechtfertigung** – Schutz der Dienstleistungsempfänger – **Qualität** der Zertifizierungsdienstleistungen

[12.12.2013, Rs C-303/12, Imfeld und Garcet](#)

Niederlassungsfreiheit – Gleichbehandlung – Einkommensteuer – Regelung zur **Vermeidung** der Doppelbesteuerung – In einem anderen Staat als dem **Wohnsitzstaat** erzielte Einkünfte – Methode zur **Steuerbefreiung** mit **Progressionsvorbehalt** im Wohnsitzstaat – Teilweise Berücksichtigung der persönlichen und familiären **Situation** – Verlust bestimmter Steuervergünstigungen im **Zusammenhang** mit der persönlichen und familiären Situation des Arbeitnehmers

[12.12.2013, Rs C-292/12, Ragn-Sells](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2008/98/EG – **Abfallbewirtschaftung** – Art 16 Abs 3 – Grundsatz der Nähe – Verordnung (EG) Nr 1013/2006 – **Abfallverbringung** – Gemischte Siedlungsabfälle – Industrie- und Bauabfälle – Verfahren zur **Vergabe** einer Dienstleistungskonzession für die **Sammlung** und den Transport von im Gebiet einer Gemeinde er-

zeugten Abfällen – Pflicht des **künftigen Konzessionärs**, die gesammelten Abfälle zu von der **konzessionsgebenden Behörde** bestimmten Behandlungsanlagen zu transportieren – **Nächstgelegene** geeignete Behandlungsanlagen

[12.12.2013, Rs C-267/12, Hay](#)

Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung – Tarifvertrag, der eine **Vergünstigung** im Hinblick auf Arbeitsentgelt und Arbeitsbedingungen **Arbeitnehmern** vorbehält, die eine Ehe schließen – Ausschluss von Partnern, die einen **zivilen Solidaritätspakt** schließen – Diskriminierungen aufgrund der **sexuellen** Ausrichtung

[12.12.2013, verb Rs C-241/12 und C-242/12, Shell Nederland](#)

Umwelt – Abfälle – Begriff – Richtlinie 2006/12/EG – Verbringung von Abfällen – **Unterrichtung** der zuständigen nationalen Behörden – Verordnung (EWG) Nr 259/93 – Stoff oder **Gegenstand**, dessen sich sein **Besitzer** entledigt, entledigen will oder entledigen muss

[12.12.2013, Rs C-116/12, Christodoulou ua](#)

Zollwert – In ein Drittland ausgeführte Waren – **Ausfuhrerstattungen** – Als unwesentlich angesehene Verarbeitung im Ausfuhrland – **Wiederausfuhr** der Waren in das Gebiet der Europäischen Union – **Ermittlung** des Zollwerts – Transaktionswert

B. Schlussanträge

[10.12.2013, Rs C-288/12, Kommission / Ungarn \(GA Wathelet\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 95/46/EG – Schutz **natürlicher Personen** bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und freier **Datenverkehr** – Art 28 Abs 1 – Nationale Kontrollstellen – Nationale Rechtsvorschriften, mit denen die **sechsjährige** Amtszeit des Datenschutzbeauftragten vor deren **Ablauf** beendet wird – Schaffung einer nationalen Behörde für Datenschutz und **Informationsfreiheit** und Ernennung einer anderen Person als des Datenschutzbeauftragten zum **Präsidenten** dieser Behörde für eine **Amtszeit** von neun Jahren

[12.12.2013, Rs C-507/12, Saint Prix \(GA Wahl\)](#)

Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Art 45 AEUV – Diskriminierung aus Gründen der **Staatsangehörigkeit** – Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts – Richtlinie 2004/38/EG – Art 7 Abs 1 und 3 – Definition des Begriffs **„Arbeitnehmer“** – **Aufenthaltsrecht** – Unionsbürgerin, die ihre **Erwerbstätigkeit** wegen der Belastungen einer Schwangerschaft und nach der Geburt vorübergehend aufgegeben hat – Einkommensbeihilfe – Ausreichende **Existenzmittel** – Verhältnismäßigkeit

[12.12.2013, Rs C-470/12, Pohotovost' \(GA Wahl\)](#)

Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – **Zwangsvollstreckung** aus einem Schiedsspruch – Recht eines Verbraucherschutzverbands auf **Streitbeitritt** – Vorabentscheidungsersuchen – ‚Rücknahme‘ des Antrags auf Zwangsvollstreckung durch den Antragsteller des Ausgangsverfahrens – **Aufrechterhaltung** des Ersuchens durch das vorliegende Gericht – **Zuständigkeit** des Gerichtshofs

[10.12.2013, Rs C-464/12, ATP PensionService \(GA Cruz Villalón\)](#)

Mehrwertsteuer – Art 13 Teil B Buchst d Nr 6 der Richtlinie 77/388/EWG des Rates – Befreiung der **Verwaltung** von Sondervermögen – Begriff ‚durch die **Mitgliedstaaten** als solche definierte Sondervermögen‘ – Betriebliche Altersvorsorge – **Beitragsorientierte** Altersvorsorge

[12.12.2013, Rs C-457/12, S \(GA Sharpston\)](#)

Recht von Nichtunionsbürgern auf Aufenthalt in dem Mitgliedstaat der **Staatsangehörigkeit** und des Wohnsitzes des Unionsbürgers, zu dem sie eine **familiäre Bindung** haben

[12.12.2013, Rs C-456/12, O \(GA Sharpston\)](#)

Recht von Nichtunionsbürgern auf Aufenthalt in dem Mitgliedstaat der **Staatsangehörigkeit** und des Wohnsitzes des Unionsbürgers, zu dem sie eine **familiäre Bindung** haben

[10.12.2013, Rs C-293/12 und C-594/12, Digital Rights Ireland \(GA Cruz Villalón\)](#)

Elektronische Kommunikation – Richtlinie 2006/24/EG – **Vorratsspeicherung** von Daten, die bei der **Bereitstellung** elektronischer Kommunikationsdienste erzeugt oder verarbeitet werden – **Gültigkeit** – Art 5 Abs 4 EUV – Verhältnismäßigkeit von **Unionshandlungen** – Charta der Grundrechte – Art 7 – Achtung des **Privatlebens** – Art 8 – Schutz personenbezogener Daten – Art 52 Abs 1 – Eingriff – **Qualität des Gesetzes** – Verhältnismäßigkeit der **Grenzen** der Grundrechtsausübung

[12.12.2013, verb Rs C-141/12 und C-372/12, Y S \(GA Sharpston\)](#)

Personenbezogene Daten und Verarbeitung – Rechtliche Analyse

[12.12.2013, verb Rs C-43/13 und C-44/13, Kronos Titan \(GA Jääskinen\)](#)

Richtlinie 2003/96/EG – Art 2 Abs 3 – Besteuerung anderer **Energieerzeugnisse** als derjenigen, für die in der Richtlinie ein Steuerbetrag festgelegt ist – **Begriff** des gleichwertigen Heiz- oder Kraftstoffs – Beurteilung der **Gleichwertigkeit** – Substituierbarkeit

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.